

Inhalt

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungen	XVII
Literatur	XXIII
A. Grundlagen	1
I. Das Einzelunternehmen als »Zielgruppe« des ArbEG	1
II. Die Arbeitnehmererfindung im deutschen Rechtssystem	6
1. Die Funktion des ArbEG	6
2. Die Grundprinzipien des ArbEG	8
III. Die erforderrechtlichen Beziehungen im Konzern	13
1. Ausgangspunkt des ArbEG	13
2. Das Arbeitsverhältnis im Konzern	15
a) Die Bestimmung des Arbeitgebers im Konzern	15
aa) Konzernarten	15
bb) Der Konzern als Arbeitgeber	19
(1) Arbeitsrechtliche Bewertung	19
(2) Erforderrechtliche Bewertung	21
cc) Die Leitungsmacht als Kriterium einer Arbeitgeber-Eigenschaft	26
(1) Das Begriffserfordernis der Leitungsmacht	26
(2) Folgerungen für Arbeitsverhältnisse im Konzern	29
dd) Stellvertretung durch das herrschende Unternehmen oder eine verbundene Personalgesellschaft	31
(1) Grundsatz	31
(2) Personalgesellschaft	33
(3) Zwischenergebnis	33
b) Einzelne Konzerngesellschaften als Partner des Arbeitsvertrages ..	34
aa) Das Arbeitgeber-Unternehmen als Gläubiger der Arbeitsleistung	34
bb) Abdingbarkeit – Erstreckung der Pflicht zur Arbeitsleistung	34
(1) Vorübergehender Arbeitseinsatz in einem anderen Konzernunternehmen	35
(2) Endgültiger Arbeitseinsatz in einem anderen Konzernunternehmen/Versetzung	40
(3) Abgrenzung	44
(4) Erforderrechtliche Beziehungen	45
cc) Arbeitnehmerüberlassung im Konzern	47
(1) Das Konzernprivileg	48
(2) Ausnahmen vom Konzernprivileg	50
(3) Erforderrechtliche Auswirkungen	51

c) Fallsituationen einer Rechtsnachfolge	52
aa) Betriebsübergang im Konzern	53
bb) Umwandlungen im Sinne des UmwG	55
cc) Erfinderrechtliche Auswirkungen	56
d) Mehrpersonale Arbeitsverhältnisse	60
aa) Einheitliches Arbeitsverhältnis mit mehreren Arbeitgebern	61
(1) Begriff und Zulässigkeit	61
(2) Erfinderrechtliche Auswirkungen	63
bb) Mehrere miteinander verbundene Arbeitsverhältnisse (Doppelarbeitsverhältnisse)	64
(1) Begriff	64
(2) Erfinderrechtliche Auswirkungen	65
cc) Mittelbares Arbeitsverhältnis	68
3. Societas Europaea (SE)	68
B. Der Arbeitnehmer als Erfinder	73
I. Der Begriff des Arbeitnehmers	73
II. Besonderheiten bei nicht dem ArbEG unterliegenden Erfindern	74
1. Freie Mitarbeiter	74
2. Arbeitnehmerähnliche Personen	78
3. Pensionäre	79
4. Organmitglieder	80
C. Besonderheiten bei Arbeitnehmer-Miterfindern aus mehreren Konzerngesellschaften und bei Gemeinschaftserfindungen	87
I. Begriff der Miterfinderschaft	87
II. Doppelerfindungen	90
1. Grundsatz der innerbetrieblichen Priorität	90
2. Auswirkungen des Konzernverbundes	91
III. Rechtsverhältnisse der Miterfinder untereinander	93
IV. Rechtsverhältnisse der Konzernunternehmen nach Inanspruchnahme	94
V. Übersicht über die wesentlichen erfinderrechtlichen Auswirkungen	100
1. Vergütungsfragen	100
a) Bestimmung des Miterfindanteils	102
b) Berücksichtigung des Miterfindanteils bei unternehmensübergreifender Miterfindergemeinschaft	103
2. Sonstige Rechte und Pflichten	106
a) des Arbeitgebers	106
b) des Arbeitnehmers	109
D. Die Zuordnung der Arbeitnehmererfindung im Konzern	111
I. Der Begriff der Diensterfindung – Auswirkungen des Konzernverbundes ..	111
1. Schutzfähigkeit	112
a) Patent- und Gebrauchsmusterfähigkeit	112
b) Konzernbezug	113
2. Fertigstellung während des Arbeitsverhältnisses	114
a) Grundsätze	114
b) Konzernbezug	115

3.	Aufgabenerfindung	116
a)	Obliegende Tätigkeit	117
b)	Konzernbezug	117
4.	Erfahrungserfindung	119
a)	Maßgebliches Beruhen auf Erfahrungen oder Arbeiten des Betriebes	119
b)	Konzernbezug	121
5.	Besonderheiten bei Doppelarbeitsverhältnissen im Konzern	122
II.	Die Meldung der Diensterfindung	124
1.	Die Erfordernisse der Erfindungsmeldung	125
2.	Auswirkungen des Konzernverbundes	130
a)	Der Adressat der Meldung im Konzernverbund	130
aa)	Der Arbeitgeber als Adressat	130
bb)	Die Vertretung des Arbeitgebers	131
b)	Zentralisierung des Patentwesens	131
III.	Die Inanspruchnahme der Diensterfindung	133
1.	Begriff und Bedeutung der Inanspruchnahme	133
a)	Ausdrückliche Inanspruchnahmereklärung und Inanspruchnahmefiktion	134
b)	Gegenstand der Inanspruchnahme	136
c)	Die Wirkung der Inanspruchnahme	136
2.	Die Inanspruchnahmereklärung durch den Arbeitgeber	137
3.	Auswirkungen des Konzernverbundes	138
a)	Unübertragbarkeit des Inanspruchnahmerechts	138
b)	Die Vertretung des Arbeitgebers – Erklärung durch bevollmächtigte Konzernunternehmen	138
c)	Konzernweite Patent-Politik	139
4.	Die Freigabe einer Diensterfindung (§ 6 Abs. 2, § 8 Satz 1 ArbEG)	140
a)	Wirkung einer Freigabe	141
b)	Konzernbezug	143
E.	Die Übertragung von Erfindungsrechten im Konzern	145
I.	Verfügungsbefugnis des Arbeitgebers und Wirkung der Rechtsübertragung	145
II.	Auswirkungen des Konzernverbundes	146
1.	Übertragung der Diensterfindungsrechte	146
a)	Gestaltungsformen	146
b)	Auswirkungen auf die erfunderrechtlichen Beziehungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien	149
aa)	Einfluss des Rechtsübergangs auf die Pflichten des Arbeitgebers aus dem ArbEG	149
bb)	Mitspracherechte des Arbeitnehmererfinders	152
c)	Auswirkungen auf die Pflicht zur Schutzrechtsanmeldung im Inland	154
2.	Einräumung von Nutzungsrechten an andere Konzernunternehmen	156
a)	Gestaltungsformen	156
b)	Auswirkungen auf die erfunderrechtlichen Beziehungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien	160

F. Die Anmeldung der Diensterfindung zum Schutzrecht	163
I. Die Schutzrechtsanmeldung im Inland	163
1. Beauftragung einer zentralen Patentstelle innerhalb eines Konzerns ..	164
a) Geheimhaltungspflicht des Arbeitgebers	164
b) Unverzüglichkeit der Schutzrechtsanmeldung	166
2. Wahl der Schutzrechtsart – Patent oder Gebrauchsmuster	166
a) Einbeziehung von Konzernbelangen in den Beurteilungsmaßstab	167
b) Wahlrecht zwischen Patent und Gebrauchsmuster im Konzern	167
3. Anmeldung im Inland	169
4. Schutzrechtsanmeldung auf den Namen des Arbeitgebers	170
5. Die Behandlung der Diensterfindung als Betriebsgeheimnis	172
a) Befreiung von der Anmeldepflicht	172
b) Berechtigte Betriebsbelange – Konzernbezug	173
II. Die Schutzrechtsanmeldung im Ausland	174
1. Die Inanspruchnahme als Voraussetzung	175
2. Anmelderechte des Arbeitgebers	176
3. Die Auslandsfreigabe durch den Arbeitgeber	177
a) Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Freigabe zur Schutzrechtsanmeldung	177
aa) Rechtsnatur – Auswirkungen der vorherigen Rechtsübertragung im Konzern	177
bb) Schutzrechtsfreie Zone	179
b) Die Freigabeerklärung	182
c) Vorbehalt eines Benutzungsrechts	182
aa) Rechtsnatur und Wirkung des Benutzungsrechts	183
bb) Inhalt des Benutzungsrechts und Auswirkungen im Konzernverbund	183
d) Verlangen der Rücksichtnahme auf Auslandsverträge	184
III. Informations- und Unterstützungspflichten im Zusammenhang mit Schutzrechtsanmeldungen	186
1. Informationspflicht des Arbeitgebers – Besonderheiten im Konzern ..	187
a) Inhalt der Informationspflicht	187
b) Informationspflicht bei Rechtsübertragung im Konzern	187
2. Unterstützungspflicht des Arbeitnehmers – Besonderheiten im Konzern	188
a) Inhalt der Unterstützungspflicht	188
b) Unterstützungspflicht bei Rechtsübertragung im Konzern	189
aa) aufgrund des § 15 Abs. 2 ArbEG	189
bb) aufgrund des Direktionsrechts	190
cc) aufgrund der Pflicht zur Rücksichtnahme bzw. aus Treu und Glauben	191
dd) aufgrund von Anmeldeerfordernissen der jeweiligen Schutzrechtsordnung	192
G. Die Vergütung von Diensterfindungen im Konzernverbund	195
I. Die Grundsätze der Vergütung	195
1. Übersicht zum Vergütungssystem des ArbEG	195
2. Entstehung und Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	198
a) Vergütung für Nutzungen vor Inanspruchnahme	198

b)	Fälligkeit	200
c)	Dauer der Vergütungspflicht	202
II.	Der Schuldner des Vergütungsanspruchs	202
1.	Arbeitgeber als Schuldner	203
2.	Auswirkungen des Konzernverbundes auf die Schuldnerposition	203
a)	bei konzernweiter Nutzung der Diensterfindung	204
b)	bei einheitlichem Arbeitsverhältnis zu mehreren Konzernunternehmen	205
c)	bei Bewertung des Konzerns als wirtschaftliche Einheit	205
III.	Die Vergütungsbemessung bei Inanspruchnahme nach den amtlichen Vergütungsrichtlinien	206
1.	Die Vergütungsbemessung	206
2.	Der Erfindungswert	206
3.	Der Anteilsfaktor	208
4.	Der Miterfinderanteil	210
IV.	Die Vergütungsbemessung bei Eigennutzung der in Anspruch genommenen Diensterfindung durch den Arbeitgeber	211
1.	Ermittlung des Erfindungswertes nach der Lizenzanalogie	211
a)	Vorrang der Lizenzanalogie als Berechnungsmethode	212
b)	Bestimmung des Lizenzsatzes	212
c)	Abstaffelung des Lizenzsatzes	215
d)	Rechnerische und technisch-wirtschaftliche Bezugsgröße	216
e)	Umsatz	219
aa)	Erfindungswert bei Konzernnutzung	219
bb)	Erfindungsgemäßer Umsatz bei konzernbezogenen Verrechnungspreisen	220
cc)	Abstellen auf Konzernumsätze bei Aufteilung zwischen Herstellung und Vertrieb	224
2.	Ermittlung des Erfindungswertes nach dem erfassbaren betrieblichen Nutzen	225
3.	Schätzung des Erfindungswertes und sonstige Methoden	227
V.	Die Vergütungsbemessung bei Rechtsübertragung und Einräumung von Nutzungsrechten an andere Konzernunternehmen	228
1.	Vergütungsbemessung bei Rechtsübertragung im Konzern	228
a)	Verkauf der Erfindungsrechte zum Marktpreis	229
aa)	Die Ermittlung des Erfindungswertes (RL Nr. 16 Abs. 1)	229
bb)	Mitverkauf von Know-how (RL Nr. 16 Abs. 2)	230
b)	Übertragung der Erfindungsrechte unter Wert/unentgeltlich	231
aa)	Übertragung mit Gegenleistung	232
bb)	Übertragung ohne Gegenleistung	234
cc)	Wirtschaftliche Einheit des Konzerns	236
dd)	Einbringung in einen Schutzrechtspool	237
ee)	Vergütungsrechtliche Behandlung von Rücklizenzen	238
2.	Vergütungsbemessung bei Lizenzvergaben im Konzern	240
a)	Lizenzvergabe zu marktüblichen Konditionen	240
aa)	Die Ermittlung des Erfindungswertes nach RL Nrn. 14, 15	240
(1)	Die Bruttolizenzneinnahme des Arbeitgebers als Berechnungsgrundlage	241
(2)	Konkrete Berechnung der Netto-Lizenzneinnahme nach RL Nr. 14	242

(3) Pauschale Berechnung des Erfindungswertes nach RL Nr. 15	243
bb) Mit-Lizenzierung von Know-how	244
b) Lizenzvergabe im Konzern unter Wert/unentgeltlich	244
aa) Lizenzierung mit Gegenleistung	245
bb) Lizenzierung ohne Gegenleistung	247
c) Austauschvertrag	250
3. Einfluss des Konzernverbundes auf die Vergütung wegen bloßer Verwertbarkeit	251
VI. Die Wirksamkeit von Vergütungsregelungen unter konzernrelevanten Aspekten	253
1. Unbilligkeit einer Vergütungsregelung (§ 23 ArbEG)	254
a) Voraussetzungen	254
b) Geltendmachung und Ausschlussfrist	255
2. Vergütungsanpassung wegen veränderter Umstände (§ 12 Abs. 6 ArbEG)	255
VII. Die Auskunfts- und Rechnungslegungspflichten im Konzern	256
1. Rechtsnatur als Hilfsanspruch	257
2. Schuldner des Anspruchs	258
3. Inhalt des Anspruchs	259
a) Allgemeine Grundsätze zu Inhalt und Umfang	259
b) Inhalt und Umfang bei Konzernnutzung	260
c) Einsichtsrecht des Arbeitnehmers	262
VIII. Zulässigkeit konzern-eigener Vergütungsrichtlinien	263
1. Zulässigkeit	264
2. Inhalt	266
H. Auswirkungen des Konzernverbundes auf die sonstigen Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	269
I. Geheimhaltungspflichten	269
1. Geheimhaltungspflicht des Arbeitgebers	269
2. Geheimhaltungspflicht des Arbeitnehmers	271
3. Geheimhaltungspflicht sonstiger Personen des Konzernverbundes	272
II. Die Anbietungspflicht bei Aufgabe der Schutzrechtsposition (§ 16 ArbEG)	272
1. Grundsätze	272
2. Bindungen aus Konzern-Nutzungsrechten	273
3. Konzernbezug bei Vorbehalt eines Benutzungsrechts	274
III. Auswirkungen des Konzernverbundes auf die wechselseitigen Nebenpflichten der Arbeitsvertragsparteien	275
1. Schutzpflicht des Arbeitgebers	275
2. Rücksichtnahmepflicht des Arbeitnehmers	278
I. Die Behandlung freier Arbeitnehmererfindungen im Konzern	281
1. Die Miteilungspflicht des Arbeitnehmers (§ 18 ArbEG)	281
1. Grundsätze	282
2. Entfallen der Pflicht bei offensichtlicher Nichtverwertbarkeit – Einfluss der Konzernbindung des Arbeitgebers	282

II.	Die Anbietungspflicht des Arbeitnehmers (§ 19 ArbEG)	284
1.	Grundsätze	284
2.	Einfluss der Konzernbindung des Arbeitgebers	284
J.	Der Einfluss der Konzernbindung auf erfinderrechtliche Streitfälle	287
I.	Schiedsstellenverfahren (§§ 28 ff. ArbEG)	287
II.	Klageverfahren (§§ 37 ff. ArbEG)	289
K.	Multinationale Konzerne und Internationales Privatrecht der Arbeitnehmererfindung	291
I.	Gestaltungsmöglichkeiten für den Auslandseinsatz von Arbeitnehmern ..	291
1.	Entsendung	292
2.	Versetzung	295
3.	Arbeitnehmerüberlassung	296
4.	Besonderheiten bei Internet- und Telearbeitsplätzen	296
II.	Kollisionsrechtliche Probleme des Arbeitnehmererfindungsrechts	299
1.	Sonderregelung des Art. 60 EPÜ	299
a)	Umfang der Verweisung	300
aa)	Auslegung als Sachnormverweisung	301
bb)	Auslegung als Gesamtnormverweisung	302
b)	Recht auf das Patent	305
2.	Position des Arbeitnehmererfindungsrechts innerhalb des Internationalen Privatrechts	305
a)	Anknüpfung anhand des Territorialitätsprinzips oder des Arbeitsvertragsstatus	305
b)	Einschränkungen des Arbeitsvertragsstatus	309
c)	Rechtswahl bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages	311
aa)	Grundsatz der freien Rechtswahl, Art. 3 Rom I-VO (bzw. Ex-Art. 27 EGBGB)	311
bb)	Grenzen der freien Rechtswahl	313
(1)	Kein Abweichen von zwingenden Schutz- bestimmungen zuungunsten des Arbeitnehmers (Art. 8 Abs. 1 Satz 2 Rom I-VO)	314
(2)	Vorschriften des ArbEG als zwingende Bestimmungen ..	317
(3)	Die Arbeitnehmererfindung im ausländischen Recht ..	319
d)	Rechtliche Situation bei Fehlen einer Rechtswahl	321
L.	Zusammenfassende Würdigung	325
Sachregister	333